

KLUB REPORT

Österreichische Post AG · SP 05Z036406 S · 1010 Wien
Impressum: Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ), Landesgruppe Wien, Rathausplatz 8, 1010 Wien,
Erscheinungsort: Wien, Verlagspostamt: 1010 Wien, Verlags- und Herstellungsort: Wien | Österreichische Post AG/SP 05Z036406 S

AUSGABE 02/2024



Dauer-Lockdowns, horrende Kosten und völlige Intransparenz – Corona-Protokolle müssen offengelegt werden

Die überbordenden Schikanen des roten Corona-Regimes haben ihre Spuren hinterlassen. Bürgermeister Ludwig muss zur Rechenschaft gezogen werden

Die bekannt gewordenen Covid-Protokolle des deutschen Robert Koch-Instituts belegen die Ineffektivität und Unverhältnismäßigkeit der Corona-Maßnahmen in Deutschland. Selbiges ist auch in Österreich – hier speziell in Wien – zu erwarten. Daher verlangen wir eine vollständige Aufklärung und Offenlegung der Entscheidungsfindungsprozesse. Unter anderem sollen die Corona-Protokolle der Sitzungen des Wiener Krisenstabes

sowie der Besprechungen aus den Büros von SPÖ-Bürgermeister Ludwig und SPÖ-Gesundheitsstadtrat Hacker veröffentlicht werden.


Bürgermeister Ludwig muss sich dafür verantworten, dass den Wienern die mit Abstand strengsten Corona-Maßnahmen aufgezwungen wurden. „Dauerlockdowns“, allein sterbende Menschen, denen der Besuch ihrer Angehörigen verweigert wurde, Ungeimpfte,

die vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen oder Gastronomiebetriebe, die in den Ruin getrieben wurden, prägten über viele Monate unseren Alltag. Darüber hinaus wurde die Maskenpflicht bis zum Exzess ausgereizt und mit der Corona-Testpflicht ein Milliarden Schaden angerichtet. Heute weiß man, dass diese willkürlichen Maßnahmen mehr zerstört, als genutzt haben. Letztendlich hat diese Vorgangsweise vielleicht

Bleib auch Digital stets informiert

 [instagram.com/fpoe_wien](https://www.instagram.com/fpoe_wien)

 [facebook.com/fpoevien](https://www.facebook.com/fpoevien)

 www.fpoe-wien.at



Zahlen des Monats | Corona

Mindestens 5,2 Milliarden Euro wurden für Covid-19-Tests bis Ende 2022 ausgegeben.

Bis April 2022 wurden 306,4 Millionen Tests durchgeführt. Es wurde 16-mal mehr getestet als in Deutschland.





StR Dominik Nepp
FPÖ Landesparteiobmann

Staatsbürgerschaft schützen!

Seit Monaten ist es das Bestreben von Bürgermeister Ludwig, Migranten verstärkt zu „motivieren“, die österreichische Staatsbürgerschaft zu beantragen. Um hier den Zugang zu erleichtern, sollen nun sogar die Gebühren für die Einbürgerung deutlich gesenkt werden. Damit nicht genug, wird innerhalb der SPÖ sogar darüber diskutiert, die Staatsbürgerschaftsprüfung für Asylanten komplett zu streichen. Das würde jedoch dem Ausverkauf unseres höchsten Gutes, der österreichischen Staatsbürgerschaft, gleichkommen. Ein Kind erhält bei uns bei der Geburt die Staatsbürgerschaft seiner Eltern, der Aufenthaltsort ist unerheblich – und das soll unter allen Umständen auch so bleiben.

Außerdem muss die Streichung der Möglichkeit der Einbürgerung von Asylberechtigten im Staatsbürgerschaftsgesetz durchgesetzt werden. Schließlich darf Asyl immer nur Schutz auf Zeit sein und berechtigt sicher nicht zum Daueraufenthalt in Österreich.

sogar mehr Menschenleben gekostet als gerettet. Der Corona-Irrsinn hat der Stadt Wien Milliarden Euro gekostet. Geld, das mehr als intransparent vergeben wurde. Dieses Vorgehen hat folglich sogar den Bundesrechnungshof beschäftigt, der nicht mit Kritik am Corona-Testprogramm gespart hat. Nicht nur die überbordenden Kosten waren die auffallend, sondern auch die Sinnhaftigkeit der Masentests wurden in Frage gestellt.

Die Wiener Freiheitlichen wollten von Beginn an Transparenz und Aufklärung. Zahlreiche eingebrachte Anfragen an den Bürgermeister sowie den Gesundheitsstadtrat wurden von beiden jedoch völlig unzureichend beantwortet. Beispielsweise gab es keinerlei Auskünfte im Bezug auf die Verträge zwischen der Stadt Wien und dem Testunternehmen Lifebrain bzw. Lead Horizon.

Spätestens jetzt ist es an der Zeit, die Corona-Maßnahmen aufzuarbeiten und völlige Transparenz

walten zu lassen. Die Wienerinnen und Wiener haben das Recht, einerseits die wahren Gründe für die Vorgehensweise zu kennen und andererseits zu erfahren, was es die Bundeshauptstadt unter dem Strich gekostet hat. Bürgermeister Ludwig muss sich erklären und für diese unverhältnismäßigen Einschränkungen zur Rechenschaft gezogen werden.



Einbürgerungen 2023

» **3899 Menschen haben in Wien 2023 die österreichische Staatsbürgerschaft erhalten.**

Rund ein Drittel davon waren Personen, die schon in Österreich auf die Welt gekommen sind.

» **Österreichweit sind die Einbürgerungen im Schnitt um 9,2 Prozent gestiegen.**

Über 10 Prozent der 2023 Eingebürgerten stammen aus Syrien oder Afghanistan



Experten statt SPÖ-Günstlinge als Kontrollorgane

Die Wien Energie kommt aus den negativen Schlagzeilen nicht heraus. Nach Kritik an der unreflektierten Sponsoren-Tätigkeit für den Fußballklub Rapid Wien hat sich nun der Rechnungshof den Geschäftspraktiken des Unternehmens gewidmet. In seinem Bericht wurden „systematische Schwächen“ in der Risikobewertung sowie politische Einflussnahme attestiert. Der Aufsichtsrat sei personell laut Rechnungshof nicht nach fachlichen Kriterien, sondern vielmehr nach der Nähe zur Stadt Wien zusammengesetzt worden. Das bedeutet: Wer den Roten genehm war, bekam einen gut dotierten Posten. Da braucht es einen nicht zu wun-

dern, dass der „Aufsichtsrat seine Überwachungsfunktion im Hinblick auf das Liquiditäts-Risiko nicht umfassend wahrgenommen und seine Tätigkeit in einer kritischen Phase nicht intensiviert“, wie der Rechnungshof festgestellt hat. Nur mit viel Glück ist die Stadt Wien bei der Rettung der Wien Energie mittels Notvergabe durch den Bürgermeister an einer finanziellen Katastrophe vorbeigeschrammt. Aus diesem Grund fordert die Wiener FPÖ, dass die Besetzungen von Aufsichtsräten in Unternehmen im Eigentum der Stadt Wien nach fachlichen Kriterien und nicht nach politischer Einflussnahme erfolgen müssen.

Umweltschutz ist Naturschutz

Wenn Feldhamsterquartiere samt Bewohnern illegal von SPÖ-nahen Wohnbauträgern vor den Augen der SPÖ-Stadträte Gaal, Sima und Czernohorszky skrupellos zerstört werden, ist das ein absolutes Armutszeugnis für die selbsternannte „Umweltmusterstadt Wien“. Das monströse Stadtentwicklungsprojekt bei der Süßenbrunner Straße - üb-

rigens unweit des Tierquartiers - wird nicht nur die Lebensqualität tausender Anrainer, sondern auch den Lebensraum streng geschützter Feldhamster sowie von Fuchs, Hase und Reh unwiederbringlich zerstören. Freunde in der Bauwirtschaft bekommen von den SPÖ-Granden den Vorzug - Artenschutz wird dabei ignoriert. Was über bleibt sind überdimensionierte Bauten und versiegelte Ackerflächen.



Brennpunkt Jugendkriminalität

Es ist unglaublich, wie brutal und skrupellos gewisse junge Menschen mittlerweile sind. Jugendbanden terrorisieren Passanten in Parks und U-Bahn-Stationen, sorgen für Unruhe in Einkaufszentren und scheuen auch vor gewalttätigen Übergriffen nicht zurück.

Erschreckenderweise nimmt die Gewaltbereitschaft auch bei Mädchen zu, die nicht minder brutal agieren als junge Männer.

So wurden unlängst drei Teenager, zwei davon Syrerinnen, verurteilt, die eine 16-Jährige beraubt und verprügelt haben. Mit dabei waren noch zwei Mädchen unter 14 Jahren, die nicht weniger aggressiv agiert haben.

Polizei und Justiz sind hilflos. Folglich ist eine Justizreform unumgänglich, denn solange unter 14-Jährige straffrei bleiben, wird es hier keine Verbesserung geben. Die rechtlich gesehenen Kinder von damals sind längst nicht mehr mit den Heranwachsenden von heute zu vergleichen.

Maximilian Krauss

FPÖ Klubobmann



Schluss mit Mindestsicherungs- zahlungen an Asylanten

Die Welle an Familienzusammenführungen von Asyl- und Schutzberechtigten spiegelt sich auch in der Wiener Mindestsicherungsstatistik wider. In den vergangenen drei Monaten haben fast 3000 Personen mehr die Mindestsicherung bekommen. Asyl- und Schutzberechtigte sind hierbei längst die größte Gruppe unter den Sozialhilfe- oder Mindestsicherungsbeziehern.

Für die Jahre 2024 und 2025 hat die Stadt fast eine Milliarde pro Jahr für die Auszahlung veranschlagt. Das wird im Hinblick auf den Familiennachzug voraussichtlich nicht reichen. Die Wiener Freiheitlichen fordern, dass die Mindestsicherung an die Staatsbürgerschaft gekoppelt und nicht länger als Geldgeschenk für Zuwanderer missbraucht wird.

JAHR	BUDGET GESAMT	AUSGABEN FÜR MINDESTSICHERUNG
2011	12,1 Mrd. €	364 Mio. €
2012	12,3 Mrd. €	438 Mio. €
2013	12,5 Mrd. €	459 Mio. €
2014	12,3 Mrd. €	498 Mio. €
2015	13,1 Mrd. €	545 Mio. €
2016	13,4 Mrd. €	660 Mio. €
2017	14,7 Mrd. €	691 Mio. €
2018	14,0 Mrd. €	669 Mio. €
2019	14,2 Mrd. €	649 Mio. €
2020	14,9 Mrd. €	700 Mio. €
2021	16,2 Mrd. €	738 Mio. €
2022	20,0 Mrd. €	755 Mio. €
2023	16,6 Mrd. €	758 Mio. €
2024	19,8 Mrd. €	900 Mio. €
2025	20,2 Mrd. €	900 Mio. €



Es krankt im Gesundheitssystem

Stadtrat Hacker muss Gesundheitsversorgung garantieren!

Die chaotische Schließung des AUVAs Lorenz-Böhler ist sowohl für Patienten als auch für das medizinische Personal eine Katastrophe. Die Untätigkeit von SPÖ-Gesundheitsstadtrat Hacker verschärft diese Krise noch zusätzlich. Hacker hätte längst reagieren müssen, um die drohenden Engpässe in Bezug auf die Gesundheitsversorgung in Wien abzufangen. Laufend hört man von zu wenig und überarbeiteten Personal und geschlossenen Statio-

nen in den Wiener-Spitälern, nun hätte man die Chance dies zu ändern. Warum gibt es seit Wochen keine Kooperation mit den Ärzten, Schwestern und Pflägern aus dem Lorenz-Böhler, damit diese in den Häusern des WiGeV praktizieren können? Hacker versucht einmal mehr sich ins stille

Kämmerlein verziehen und die Sache auszusetzen. Allerdings zeichnet er sich für ein gut funktionierendes Gesundheitssystem in Wien verantwortlich. Dazu gehört die Gewährleistung von rascher und bestmöglicher Patientenversorgung.

Wolfgang Seidl
Landtagsabgeordneter

